

WER MISCHT MIT?

Begleitheft Mitmischen im Landhaus

A S P E K T E
P E R S P E K T I V E N

D E M O K R A T I E
U N D J U G E N D

INHALT:

VORWORT

Ing. Manfred Wegscheider

VORWORT

Mag.^a Elisabeth Grossmann

MEDIEN UND DEMOKRATIE

Dr.ⁱⁿ Edith Blaschitz

JUGEND UND DEMOKRATIEBEWUSSTSEIN

Mag.^a Maria Lettner

DEMOKRATIE UND JUGEND

Mag.^a DSA Brigitte Pörsch
Martina Weixler

JUGENDLICHE UND PARTIZIPATION

Dr. Reinhold Gärtner

DEMOKRATISCHE PROZESSE HAUTNAH ERLEBEN UND EUROPAKOMPETENZ FÖRDERN

Dr. Georg Tafner

JUGEND UND ANTIDEMOKRATISCHE BEWEGUNGEN

Dr. Roman Schweidlenka

Editorial

Das Begleitheft „Wer mischt mit?“ sammelt in seiner zweiten überarbeiteten Auflage sechs Beiträge zu unterschiedlichen Aspekten von Demokratie und den Lebenswelten junger Menschen. Fachleute, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler veranschaulichen unter den Schlagwörtern „Aspekte, Perspektiven – Demokratie und Jugend“, ob und wie Jugendlichen die Möglichkeit geboten wird, selbst tätig zu sein und Erfahrungen mit demokratischen Prozessen zu machen und welche Voraussetzungen dafür gegeben sein müssen.

Das Begleitheft richtet sich an all jene, die mit Jugendlichen arbeiten und ihnen Zugang und Informationen zur Politik bieten wollen und die jungen Menschen den Mut machen möchten, neue Perspektiven einzunehmen. Die Informiertheit ist eine wesentliche Grundlage zur Mitgestaltung an politischen Prozessen. Basis jeder Mitgestaltung ist Interesse am politischen Geschehen und ausreichend Transparenz der ablaufenden Prozesse. Die Möglichkeiten der Mitgestaltung hängen also entscheidend davon ab, wie gut Jugendliche informiert sind. Mitmischen im Landhaus bietet diesen Zugang zu Informationen und dafür danken wir den zuständigen Verantwortlichen, dem Landtagspräsidenten Ing. Manfred Wegscheider und der Jugendlandesrätin Mag.^a Elisabeth Grossmann. Bedanken möchten wir uns auch bei den Landtagsabgeordneten aller Fraktionen für ihr Engagement bei der Diskussion mit den Jugendlichen.

Jugendliche nehmen unter anderem einen kreativen Zugang zu Politik mit, was ein wichtiges Potential für gesellschaftliche Problemlösungsprozesse ist. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Potential ein Stück weit entfaltet werden kann und freuen uns auf rege Diskussion!



Daniela Köck, Geschäftsführerin

Mag.^a Birgit Lacheiner, Projektleiterin

Inhaltsverzeichnis

VORWORT **4**

Ing. Manfred Wegscheider

VORWORT **5**

Mag.^a Elisabeth Grossmann

MEDIEN UND DEMOKRATIE **6**

Dr.ⁱⁿ Edith Blaschitz

JUGEND UND DEMOKRATIEBEWUSSTSEIN - EIN WIDERSPRUCH? **8**

Mag.^a Maria Lettner

DEMOKRATIE UND JUGEND **10**

Mag.^a DSA Brigitte Pörsch
Martina Weixler

JUGENDLICHE UND PARTIZIPATION **12**

Dr. Reinhold Gärtner

DEMOKRATISCHE PROZESSE HAUTNAH ERLEBEN UND EUROPAKOMPETENZ FÖRDERN **14**

Dr. Georg Tafner

JUGEND UND ANTIDEMOKRATISCHE BEWEGUNGEN **17**

Dr. Roman Schweidlenka

AUTORINNEN- UND AUTORENVERZEICHNIS **18**

VORWORT

Ing. Manfred Wegscheider



Demokratie ergibt sich nicht von selbst. Demokratische Werte und Verhaltensweisen müssen immer wieder erlernt und gelernt werden. Gerade junge Menschen sind von demokratischen Entscheidungsprozessen besonders betroffen und brauchen in einer Demokratie die Möglichkeit, mitzubestimmen. Schließlich sind junge Menschen selbst die besten Expertinnen und Experten für ihre Lebensumwelt.

„Mitmischen im Landhaus“ ist nicht nur der Titel einer Aktion des Landtages Steiermark, sondern „Mitmischen“ ist auch ein unverzichtbares Element der Demokratie. Eine funktionierende Demokratie braucht Beteiligung und Mitbestimmung sowie engagierte Menschen und Rahmenbedingungen, die dieses Engagement ermöglichen.

Die Zusammenarbeit aller ist die Voraussetzung für eine zukunftsweisende Jugendpolitik in der Steiermark. Immerhin sind unsere Kinder und junge Menschen das wichtigste Potential für eine demokratische Zukunft unseres Landes.

Als Präsident des Landtages Steiermark ist es mir ein besonderes Anliegen, junge Menschen für Politik und Demokratie zu begeistern und aktivieren. In letzter Zeit hört man oft von Politikverdrossenheit – gerade bei jungen Menschen. Um dieser Verdrossenheit entgegenzuwirken, unterstütze ich diese Aktion des Landtages aus vollem Herzen und wünsche mir eine rege Beteiligung von Jugendlichen an politischen Prozessen. Ich sehe es als unsere Aufgabe, zu beweisen, dass ihre Anliegen und Sorgen ernst genommen werden und in die Jugendpolitik des Landes Steiermark einfließen. Wir müssen junge Menschen als ebenbürtige Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner ansehen und deren Meinung ernst nehmen. Dann ist aus auch wieder möglich, vermehrt Jugendliche für Politik und Demokratie zu begeistern.

Ich freue mich, dass das Projekt „Mitmischen im Landhaus“ so große Erfolge feiert und nun in die zweite Runde geht. Ich hoffe auf zahlreiche Begegnungen mit jungen Menschen im Landhaus, die mit viel Enthusiasmus an den Themenwerkstätten Politik, Partizipation und Medien teilnehmen und so ihr Demokratiebewusstsein, das für unsere Gesellschaft ein zentrales Element darstellt, stärken.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Wegscheider'. The signature is fluid and cursive, written on a white background.

Ing. Manfred Wegscheider, Präsident Landtag Steiermark

VORWORT

Mag.^a Elisabeth Grossmann



Elisabeth GROSSMANN

Foto: © Petra Spiela

Jugend und Demokratie – muss man über dieses Thema diskutieren oder nachdenken, wo doch seit mehreren Generationen alle jungen Steirerinnen und Steirer in einer demokratischen Gesellschaft aufwachsen, die Zeiten von Diktatur und faschistischen Systemen lange vorbei sind?

Ja.

Demokratie ist nicht da, weil wir sie schon lange haben. Demokratie war und wird nie selbstverständlich sein. Und wir dürfen nie vergessen, dass noch vor wenigen Jahrzehnten auch in Österreich Menschen für ihr demokratisches Bekenntnis mit dem Tod bezahlt haben. Manchen von diesen mutigen Kämpferinnen und Kämpfern wurden Denkmäler gesetzt. Viele sind aber auch namenlos geblieben. Ganz „normale“ Menschen, die bereit waren, ihr Leben für ihre Überzeugungen und ihre Freiheit zu geben.

Demokratie geht sofort verloren, wenn sie nicht von jeder Generation aufs Neue mit Leben gefüllt wird. Wenn sie nicht von jeder Generation für sich wieder „erkämpft“ wird. Deshalb unterstützte ich als Jugendlandesrätin das Projekt „Mitmischen im Landtag“. Denn wenn in einer Demokratie etwas

selbstverständlich ist, dann die Tatsache, dass jene Räume, wo Politik gemacht wird, öffentlich sind. Wenn Politik hinter verschlossenen Türen stattfindet, entfernt sie sich von der Demokratie. Und je weniger sich Menschen einmischen können oder das Gefühl haben, sich einmischen zu können, umso weniger demokratisch laufen die politischen Entscheidungsprozesse. Deshalb freue ich mich, dass sich steirische Jugendliche mit diesem Projekt einmischen und ordentlich mitmischen!

Das Land Steiermark will damit junge Menschen für Politik aktivieren. Denn die allergrößte Gefahr für unsere Demokratie ist das allgemeine Desinteresse an Politik, das sich mittlerweile durch viele Gesellschaftsschichten und Generationen zieht. Denn wenn sich zu wenige Menschen an der Debatte beteiligen, wie wir unser Zusammenleben organisieren (und nichts anderes ist Politik!), dann stirbt die Demokratie einen leisen Tod. Deshalb erwarte ich mir von allen stolzen Bürgerinnen und Bürgern unserer Republik einen prinzipiell positiven Zugang zu Politik als Möglichkeit, jenseits der „Ich kann eh nichts ändern“-Mentalität durch eigene Interessen und eigenes Engagement unsere Gesellschaft weiterzubringen. Gerade junge Menschen haben sehr viel Potenzial, dieses Bild in unser Land hinauszutragen. Denn es bedarf oft nur kleiner Anstöße, um die demokratische Leidenschaft und den politischen Idealismus junger Menschen zu wecken.

Demokratie ist nichts ohne demokratische Kultur und Diskussionskultur. Diese Kultur kann nicht einmal gelernt werden, sondern muss Tag für Tag gepflegt werden. So sagte der ehemalige deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker über die Demokratie, dass sie *vom Streit – von der Diskussion um den richtigen Weg – lebe. Deshalb gehört zu ihr der Respekt vor der Meinung des anderen*. Diese Diskussionskultur und dieser gegenseitige Respekt will als junger Mensch gelernt werden. Im eigenen täglichen Umfeld, in Vereinen, in der Schule und eben in Projekten wie „Mitmischen im Landhaus“.

Ich freue mich auf die zukünftigen Begegnungen mit Jugendlichen durch „Mitmischen im Landhaus“ und die weitere Zusammenarbeit, um gemeinsam das Demokratiebewusstsein und die Gesprächskultur in der Steiermark zu stärken.

Herzlichst,

Mag.^a Elisabeth Grossmann, Landesrätin für Bildung, Familie, Frauen und Jugend

Medien und Demokratie

Dr.ⁱⁿ Edith Blaschitz (Department für Interaktive Medien und Bildungstechnologien, Donau-Universität Krems)

Politische Meinungsbildung ist in einem hohen Maß medial organisiert. Etwa drei Viertel der Österreicherinnen und Österreicher geben an, dass sie ihre politischen Informationen vorwiegend aus dem Fernsehen beziehen (vgl. Filzmaier, 2004), das sie auch als die glaubwürdigste Informationsquelle bezeichnen, wie eine aktuelle Studie des Market-Instituts ergab (vgl. Die Presse, 2009). Trotz sinkender Reichweiten erreichte dabei der *Österreichische Rundfunk* (ORF) 2008 täglich noch immer 51,8 % der Österreicherinnen und Österreicher (vgl. ORF Medienforschung, 2008). Es folgen Zeitung und Radio als Primärquelle – nur jeder Zehnte gibt an, über persönliche Gespräche informiert worden zu sein (Filzmaier, 2004). Im Zunehmen begriffen ist die Nutzung des Internets zur politischen Information: 2008 gaben 17% der deutschen Internetnutzerinnen und -nutzer an, sich regelmäßig im Internet über Politik zu informieren (vgl. ACTA, 2008), ähnliche Zahlen können für Österreich angenommen werden.

Im Idealfall informieren unabhängige Medien in einem demokratischen System objektiv über Politik, d.h. seriöse Quellen werden als Basis der Berichterstattung herangezogen und verschiedene Standpunkte bzw. die Meinungen unterschiedlicher Interessengruppen dargestellt. Medien sollten Meinungsvielfalt ermöglichen und Bürgerinnen und Bürger damit in ihrer Meinungsbildung unterstützen, damit diese möglichst umfassend informiert am politischen Prozess – bei Wahlen, Bürgerinnen- und Bürger-Initiativen etc. – teilnehmen können. Medien agieren somit als Vermittler zwischen den politischen Eliten und den Staatsbürgerinnen bzw. Staatsbürgern und übersetzen politische Vorgänge und das Wissen um komplexe Sachverhalte in eine allgemein verständliche Sprache. Umgekehrt geben Medien auch Interessenvertretungen, NGOs oder einzelnen Staatsbürgerinnen bzw. Staatsbürgern die Möglichkeit, Meinungen und Einstellungen an politische Vertreterinnen und Vertreter zu artikulieren.

Neben der Informationsaufgabe wird Medien in einer Demokratie eine weitere sehr wichtige Funktion zugewiesen: Als kritische Instanz zeigen sie etwaige Missstände auf bzw. kritisieren sie öffentlich demokratisches Fehlverhalten. Obgleich unabhängige Medien keine staatlichen Funktionen wahrnehmen, werden sie informell in dieser Rolle neben Legislative, Exekutive und Judikative als „Vierte Gewalt“ bezeichnet (vgl. Chill, Meyn, 1998). Darüber hinaus werden auch politische Sozialisation bzw. soziale Orientierung und politische Bildung als Subfunktionen von Medien bezeichnet (vgl. Strohmayer, 2004).

Um die genannten sehr komplexen gesellschaftspolitischen Aufgaben übernehmen zu können, ist die Unabhängigkeit der Medien essentiell. Pressefreiheit ist als Grundrecht in der österreichischen Verfassung verankert. Allerdings wird diese Unabhängigkeit auch in demokratischen Systemen immer wieder bedroht bzw. erfolgen Versuche, sie zu unterlaufen: Massenmedien erhalten in Österreich eine überdurchschnittliche Förderung aus öffentlichen Geldern und sind damit auch Versuchen (partei-)politischer Einflussnahme ausgesetzt (vgl. Filzmaier, 2004). Im ORF, der als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt zu Informations- und Meinungsvielfalt verpflichtet ist und wie beschrieben noch immer eine zentrale Rolle als Informationsquelle der Österreicherinnen und Österreicher einnimmt, wurden immer wieder Interventionsversuche beklagt (vgl. Europäisches Medieninstitut, 2004).

Nicht nur private Medien, auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist als Werbeträger von der Wirtschaft abhängig. Negative Berichterstattung über Werbekundinnen bzw. -kunden kann einen Entzug von Aufträgen zur Folge haben – ein ökonomischer Druck, der in Zeiten der Konkurrenz durch Internetinformationen vor allem auf Printmedien, aber auch auf audiovisuellen Medien lastet und objektive Berichterstattung gefährdet. Kritikerinnen und Kritiker bemängeln auch eine schwindende Ausübung des für eine demokratische Kultur notwendigen Bildungsauftrages von öffentlich-rechtlichen Medienanstalten, die in Annäherung an private Medien zugunsten hoher Einschaltquoten anspruchslose Unterhaltungssendungen favorisieren. Als weitere Beeinträchtigung von Objektivität konstatieren Politbeobachterinnen und -beobachter in Österreich sehr enge Kontakte zwischen Journalistinnen bzw. Journalisten und Politikerinnen bzw. Politikern – eine Gradwanderung zwischen Platzierung politischer Botschaften und einem angestrebten Naheverhältnis zur Informationsgewinnung (vgl. Filzmaier, 2004).

Nicht zuletzt können Medien selbst durch ihre Möglichkeit der Meinungsbildung bzw. -beeinflussung Macht ausüben. Medien können Nachrichten und Themen gewichten und positionieren, d.h. Relevanz oder Bedeutungslosigkeit vermitteln (vgl. Pürer, 2008). Gerade die österreichische Medienlandschaft ist durch eine sehr hohe Medienkonzentration charakterisiert, d.h. dass einzelne Medienunternehmen eine Markt beherrschende Position einnehmen. Von den mehr als 3 Millionen Tageszeitungen, die täglich in Umlauf gebracht werden, sind 1,4 Millionen den sechs großen Tageszeitungen zuzurechnen. Im Printmedienbereich marktführend ist die Mediaprint-Gruppe, die im Eigentum der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, des

Banken-Konzerns Raiffeisen und des Zeitungsverlegers Hans Dichand¹ / *Kronzeitung* steht (vgl. Europäisches Medieninstitut, 2004). 2001 fusionierte die Mediaprint-Gruppe zudem mit der News-Verlagsgruppe, die neben Zeitschriften wie *Format* und *Profil* auch an zahlreichen weiteren Printmedien bzw. Radiounternehmen beteiligt ist.

Neben den traditionellen Medienformaten, d.h. Printmedien und audiovisuellen Medien, gewinnt mit Aufkommen des so genannten Web 2.0 international auch individuelle Medienproduktion von Internetnutzerinnen bzw. -nutzern mittels Weblogs oder via Twitter Bedeutung, wobei diese Form der direkten Medienberichterstattung in Österreich von Mediennutzerinnen bzw. -nutzern noch relativ wenig zur Meinungsbildung herangezogen wird.



¹ Nachfolger: Christoph Dichand

Literatur und weiterführende Informationen:

Allensbacher Computer- und Technik-Analyse (ACTA) (2008). Institut für Demoskopie Allensbach. Online verfügbar unter: <http://www.acta-online.de/> (abgerufen am 10.9.2009)

Chill, Hanni /Mayn, Hermann (1998). Funktionen der Massenmedien in der Demokratie. In: Informationen zur Politischen Bildung, 260, S. 3–6

Filzmaier, Peter (2004). Rahmen und Grundregeln politischer Kommunikation. In: Ders., Peter Plaikner / Karl A. Duffek (Hrsg.), Mediendemokratie Österreich (S. 13–36). Wien: Böhlau

Die Presse (15.09.2009). Fernsehen: ORF ist für 34 Prozent der „Liebling“. Online verfügbar unter: http://diepresse.com/home/kultur/medien/508312/index.do?_vl_backlink=/home/kultur/medien/index.do (abgerufen am 10.9.2009)

Pürer, Heinz (2008). Medien und Journalismus zwischen Macht und Verantwortung. In: medienimpulse, 64, Juni, S. 10–16

ORF-Medienforschung (1991–2008). Online verfügbar unter: <http://mediaresearch.orf.at> (abgerufen am 10.9.2009)

Strohmayr, Gerd (2004). Politik und Massenmedien. Baden-Baden: Nomos.

Europäisches Medieninstitut (2004). Die Information der Bürger in der EU: Pflichten der Medien und der Institutionen im Hinblick auf das Recht des Bürgers auf umfassende und objektive Information.

Online verfügbar unter: <http://www.epra.org>

Jugend und Demokratiebewusstsein - ein Widerspruch?!

Mag.^a Maria Lettner (Bundesjugendvertretung, Wien)

Jungen Menschen wird häufig unterstellt, sie seien „politikverdrossen“. Da drängt sich doch der Schluss auf, dass es ihnen auch an Demokratiebewusstsein mangeln könnte. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Jugendliche interessieren sich für Politik und haben ein ausgeprägtes Demokratiebewusstsein.

Als Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen Österreichs werden wir, die Bundesjugendvertretung (BJV), nicht müde, diese Tatsache in die Köpfe der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger zu bringen und (mittels medialer Unterstützung) die öffentliche Meinung zu verändern. Ziel ist es dabei immer, bessere Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche zu erreichen.

Für diesen Einsatz gibt es zwei wesentliche Beweggründe: Einerseits erleben wir tagtäglich, mit welchem Engagement Jugendliche in unseren Mitgliedsorganisationen aktiv sind und sich für Werte wie Chancengleichheit, Vielfalt oder Toleranz einsetzen – das zeugt von angewandtem Demokratiebewusstsein. Andererseits belegen Studien, dass zu den stärksten Motiven der politischen Beteiligung von Jugendlichen ein hohes Demokratiebewusstsein und das Wertschätzen der Demokratie zählen.

Sowohl vor als auch nach der Senkung des Wahlalters im Juni 2007 gab es einige Diskussion darüber, ob denn Jugendliche im Alter von 16-18 Jahren überhaupt „bereit“ seien für das aktive Wahlrecht. Viele, teils irrationale Argumente schwirrten dabei durch die Debatten: in diesem Alter wären Jugendliche noch nicht reif genug, sie interessierten sich selbst nicht fürs Wählen, sie würden radikalere Parteien bevorzugen.

Mit der im Mai 2009 gemeinsam von Institut SORA, Institut für Strategieanalysen und Dr.ⁱⁿ Ulrike Kozeluh vorgestellten, ersten repräsentativen Nachwahlanalyse der Nationalratswahlen 2008 sind diese Argumente endgültig unhaltbar geworden. (Bereits die Erfahrungen und Nachwahlanalysen aus Bundesländern, die das Wahlalter bereits vor 2007 gesenkt hatten, zeichneten ein durchwegs positives Bild.) Die Ergebnisse dieser Studie sind sehr aufschlussreich, vor allem auch, was das Demokratiebewusstsein junger Wählerinnen und Wähler betrifft, wie folgende Auszüge verdeutlichen (SORA NRW, 2008):

Wählerinnen und Wähler ab 16...

... machen von ihrem Wahlrecht genauso zahlreich Gebrauch wie ältere Wählerinnen und Wähler.

... unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Wahlentschei-

dung wesentlich nach ihrem sozioökonomischen Hintergrund und der Tatsache, ob sie sich noch in Ausbildung oder bereits in Beschäftigung befinden.

... gehen zur Wahl, weil ihnen die Möglichkeit zur Mitbestimmung und ihr Wahlrecht wichtig sind. Ihre Zweifel beziehen sich eher auf das Angebot der Parteien, nicht auf die Wahl an sich.

... sind nicht „politikverdrossen“, sondern sie gehen auf Distanz zu Parteien und politischen Institutionen.

... treffen ihre Wahlentscheidung aufgrund von Informationen (was gegen das Argument der angeblich leichteren Manipulierbarkeit von jungen Wählerinnen und Wählern spricht). Sie wünschen sich dezidiert mehr Informationen und weniger inhaltsleere Wahlkampf-Slogans.

... interessieren sich vor allem für die „Zukunftsthemen“ Ausbildung/Bildung, Jugendarbeitslosigkeit, Gleichberechtigung und Armut.

Die Wahlaltersenkung war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung – unseres Erachtens muss diese aber von begleitenden Maßnahmen in ihrer Wirkkraft unterstützt werden. Beispielsweise setzt sich die BJV für die Schaffung eines eigenen Faches „(Demokratie-)Politische Bildung“ ein.

Die Gründe, die für ein eigenes Fach sprechen, sind hinlänglich bekannt und sollen hier nur kurz Erwähnung finden (vgl. Sander, 2006):

- Komplexität von Gesellschaft und Politik,
- Stärkung der Demokratie durch Aufwertung der politischen Bildung,
- Repräsentanz der Sozialwissenschaften in einer wissenschaftsorientierten Schule,
- fachliche Qualität und Professionalisierung der politischen Bildung.

Die Forderung nach einem eigenen Fach impliziert die adäquate Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer, die sich derzeit erst in der Aufbauphase befindet.

Zentral ist auch, dass (demokratie-)politische Bildung im Sinne von „Education for Democratic Citizenship“ (Diendorfer, Steininger, 2006) im nicht-formalen Bildungssektor anerkannt und stärker gefördert wird. Nicht zuletzt leisten Kinder- und Jugendorganisationen einen wichtigen Beitrag zum Erwerb von sozialen Kompetenzen und Demokratiebewusstsein. Demokratiepölitisches Lernen ermöglicht in nicht-formalen Kontexten andere, komplementäre Zugänge als im formalen Bildungssektor und ist ebenso intensiv zu fördern.

Demokratiebewusstsein lässt sich auch dadurch fördern, dass Jugendliche in (politische) Prozesse und Entscheidungen, die sie unmittelbar betreffen, in adäquater Weise einbezogen werden. Das beginnt im konkreten Lebensumfeld, in der Schule und am Ausbildungsplatz, in der Gemeinde – ein konsequenter Dialog kennt nach oben keine Grenzen und kann genauso auf der Ebene der europäischen Politik oder in Gremien der UNO stattfinden.

Die BJV sieht ihre Aufgabe darin, für einen solchen konsequenten Dialog Lobbying zu betreiben und Jugendliche durch ihre Aktivitäten und über ihre Mitgliedsorganisationen in ihren Möglichkeiten zur Partizipation zu unterstützen.



Literatur und weiterführende Informationen:

Nachwahlanalyse SORA NRW 2008, www.sora.at

Diendorfer, G./Steiniger, S. (Hg.) (2006): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen in Österreich. Wochenschauverlag

Sander, W.: Politische Bildung in der Demokratie – Herausforderungen im europäischen Kontext. In: Diendorfer, G./Steiniger, S. (Hg.) (2006): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen in Österreich. Wochenschauverlag, S. 23-38

Kurzbericht zur Pilotstudie: Jugend und Politische Bildung. Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-jährigen, April 2007. Online verfügbar unter: http://www.eduhi.at/dl/pilotstudie_jugend_polbil.pdf

Positionspapiere der BJV: „Für mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ (2006), „(Demokratie-)Politische Bildung“ (2007); Download: www.jugendvertretung.at

Online-Wiki-Lehrbuch zu Themen der Politischen Bildung, www.polipedia.at

Demokratie und Jugend

Mag.^a DSA Brigitte Pörsch, Martina Weixler (Kinder- und Jugendanwaltschaft Steiermark)

Desinteresse der Jugend an (partizipativer) Demokratie?

Ausgeprägtes Demokratiebewusstsein und aktive Partizipation am politischen Geschehen werden häufig als Widerspruch zum Denken und Handeln der heutigen Jugend gesehen. Junge Menschen gelten landläufig als eher desinteressiert und passiv, wenn es um politische Belange beziehungsweise um politisches Engagement geht. Doch dem ist nicht so. Was die elementarste Form der Demokratie – die Wahl – betrifft, so zeigen Analysen der letzten Jahre, dass sich die Wahlbeteiligung Jugendlicher in Österreich auf allen Ebenen kaum von der der Gesamtwählerschaft unterscheidet. Bei der Nationalratswahl des Jahres 2008, bei der erstmals Wählen ab 16 Jahren möglich war, betrug die Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler etwa 70 Prozent, während sie insgesamt bei 79 Prozent lag. Diese vom Institut SORA veröffentlichten Zahlen belegen, dass sich Jugendliche sehr wohl für die Beteiligung am politischen Geschehen interessieren. Ferner zeigen Studien, dass sich vor allem Jungwählerinnen und -wähler kritisch und motiviert mit politischen Akteurinnen und Akteuren, gesellschaftlichen Werthaltungen und Demokratie im Allgemeinen auseinandersetzen.

Auch in Hinblick auf „aktivere“ Formen der Partizipation an Demokratie, zeigen Jugendliche reichlich Engagement. Man denke in diesem Zusammenhang an die Proteste von Schülerinnen und Schüler sowie von Studentinnen und Studenten gegen die jüngsten politischen Ereignisse, wie beispielsweise die Budgetkürzungen für die österreichischen Universitäten oder die Senkung des Alters für den Bezug der Familienbeihilfe. Im Zuge dieser zahlreichen Demonstrationen wurden die Stimmen tausender Jugendlicher laut, was deutlich für deren Wunsch an aktivem Mitbestimmen und gestalten der Politik spricht.

Demokratiebewusstsein – das Recht wertschätzen, eine Wahl zu haben:

Die Notwendigkeit der gezielten Förderung des Demokratiebewusstseins Jugendlicher mittels Informationsprogrammen, Workshops und dergleichen wird zunehmend von Kinder- und Jugendorganisationen erkannt. Neben Faktenwissen über historische, wirtschaftliche und politische Ereignisse oder Systeme, können Heranwachsende so auf spielerische Weise wichtige „soft skills“ für ihre Persönlichkeitsentwicklung erwerben. Hierzu zählen beispielsweise Sozialkompetenz, ein Weitblick in Bezug auf die Ansichten, Werthaltungen und Meinungen anderer, die Fähigkeit zur Perspektivenübernahme, ebenso wie Verantwortungsbewusstsein

und kritisches Nachdenken. Des Weiteren können Jugendliche so dazu ermutigt werden, sich in Kollektiven für ihre Überzeugungen einzusetzen und am gesellschafts(politischen) Geschehen aktiv mitzuwirken. Ein erster positiver „Zugang“ zu den oft komplex anmutenden Materien Politik, Wahlen, Recht, internationale Entwicklung und dergleichen kann das Interesse an und in weiterer Folge das Bewusstsein für Demokratie wecken. Demokratiebewusstsein lässt sich ebenso dadurch fördern, dass Jugendliche in politische Prozesse eingebunden werden und man ihnen die Möglichkeit einräumt, tatsächlich etwas zu verändern – sei es in der Schule, einem Verein, ihrer Gemeinde oder einem anderen Bereich ihres Lebensumfeldes. *„Demokratie heißt, die Wahl haben. Diktatur heißt, vor die Wahl gestellt sein“* - dieses Zitat der Schweizer Literaturwissenschaftlerin Jeannine Luczak zeigt, dass sich Demokratie insofern von einer Diktatur unterscheidet, als dass erstere dem Einzelnen das Recht auf eine Wahl gewährt. Es ist wichtig, Jugendlichen ein Bewusstsein dafür zu vermitteln, dieses wertvolle Recht - ihr Recht, die Stimme zu erheben, „Nein“ zu sagen oder zwischen zwei Alternativen zu wählen - wertschätzen und nützen zu können.

Politische Bildung für die Jugend ist RECHT(ens):

Die Förderung und Information der Jugend in der Steiermark wurde 2005 in einer Verordnung zum Jugendförderungsgesetz 2004 gesetzlich geregelt. Demnach nennt § 3 dieser Verordnung „Förderbare Maßnahmen“.

Gefördert werden gemäß § 4 Abs. 2 Stmk. Jugendförderungsgesetz 2004 insbesondere Jugendverbände, Einrichtungen kommunaler Jugendarbeit, Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, Informations- und Beratungseinrichtungen und Einzelinitiativen, die sich durch Angebote und Aktivitäten der außerschulischen bzw. außerberuflichen Jugendarbeit im Sinne des § 2 Stmk. Jugendförderungsgesetz 2004 widmen und so einen Beitrag zur Erreichung der Zielsetzungen dieses Gesetzes leisten.

Zu den förderbaren Maßnahmen zählen unter anderen politische Bildung und Initiativarbeit, so etwa Projekte, die sich mit kulturellen, sozialen und politischen Systemen und Entwicklungen auseinandersetzen, ebenso wie freiwillige Einsätze, Dienste, Integrationsarbeit und ähnliches.

Somit ist in der Steiermark das Recht Jugendlicher auf politische Bildung im weitesten Sinne im Gesetz verankert.



Literatur und weiterführende Informationen:

Preiser, Siegfried (2002): Jugend und Politik. In Oerter, Rolf & Montada, Leo (2002), Entwicklungspsychologie (S. 874-884). Weinheim: Beltz.

Der Standard, Nachlese, Artikel vom 28.10.2010, <http://derstandard.at/1288160177709/Nachlese-Tausende-bei-Demo-gegen-Kuerzung-der-Familienbeihilfe>

<http://arbeitsblaetter.stangl-taller.at/JUGENDALTER/Politisches-Interesse.shtml>

http://www.kinderanwalt.at/_lccms_/downloadarchive/00130/Stmk_Jugendfoerderungsgesetz.pdf

http://www.mitbestimmung-wien.at/waehlen_mit16.html

<http://www.schuelerwettbewerb-bw.de/index.php?id=44>

Jugendliche und Partizipation

Dr. Reinhold Gärtner (Institut für Politikwissenschaften, Universität Innsbruck)

Im Jahr 2007 wurde das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt. Bereits vorher konnten in manchen Bundesländern bei Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen Jugendliche mit 16 Jahren wählen. Im Umfeld dieser Entscheidung gab es sowohl pro- als auch contra-Argumente. Die Hauptargumente gegen die Senkung des Wahlalters waren, dass Jugendliche doch primär andere Interessen hätten als Politik und dass sie zu wenig wüssten und zu unerfahren wären. Auch sei die Mehrzahl der Betroffenen laut Umfragen gegen eine Senkung des Wahlalters. Für die neue Regelung sprach in erster Linie, dass Jugendliche durch das Wahlrecht interessanter für Parteien würden.

Weniger öffentlich diskutiert wurde die Frage des generellen Demokratieverständnisses. Dabei ist Folgendes zu überlegen: Wir gehen in unserem Demokratieverständnis davon aus, dass Menschen bei jenen Entscheidungen mitbestimmen sollen und dürfen, von denen sie betroffen sind. Gleichzeitig zu berücksichtigen ist dabei, dass diese Betroffenen auch die Tragweite der Entscheidungen sehen und einschätzen können. Dass 16-Jährige – wie andere auch – von politischen Entscheidungen betroffen sind, stand (und steht) außer Frage. Der entscheidende Punkt war also, ab welchem Alter das Bewusstsein so ausdifferenziert ist, dass auch die Folgen von politischen Entscheidungen mitberücksichtigt werden. Und hier war (und ist) eine eindeutige Grenzziehung wohl nur schwer möglich. Dass es wenig logisch ist, 4-Jährige wählen zu lassen, steht ebenso weitgehend außer Frage wie die Meinung, dass ein Wahlalter mit etwa 25 Jahren deutlich zu spät ansetzt. Ob dieses aber bei 18, 16 oder 14 Jahren liegen soll, darüber kann man mit nachvollziehbaren Begründungen unterschiedlicher Ansicht sein.

Es gibt noch andere Überlegungen zur Senkung des Wahlalters. Die (berechtigte oder weniger berechnete) Annahme, dass Jugendliche zu wenig Wissen über Politik hätten, wurde als Anlass für grundlegende Überlegungen zur Politischen Bildung genommen. Einerseits wurde Politische Bildung in die Endphase der Pflichtschulzeit aufgenommen (8. Schulstufe), andererseits wurde eine doch recht beachtliche Anzahl an Initiativen zur Intensivierung von Politischer Bildung ins Leben gerufen.

Wenn wir uns allerdings Gedanken um den Themenbereich Demokratie und Jugendliche machen, so ist nicht nur das Wahlrecht bzw. Wahlalter zu berücksichtigen. Es geht vielmehr grundsätzlich um Partizipation, und um Interessen. In diesem Zusammenhang ist immer wieder die Rede von Politikverdrossenheit. Konkreter dürfte es sich dabei wohl um Politikerinnen- und Politikerverdrossenheit handeln, um Verdruss über das Verhalten und Agieren mancher Politikerinnen und Politiker. Nicht Politik an sich wird als negativ wahrgenommen, sondern

Parteipolitik und konkrete Akteure dieser Parteipolitik: Von Politikerinnen und Politikern wird Konkretes erwartet bzw. in sie werden bestimmte Hoffnungen gesetzt. Politik**erinnen**- und Politik**er**verdrossenheit steigt, wenn sie diese Anforderungen nicht erfüllen können (oder wollen), wenn sie weder Vertrauen noch Glaubwürdigkeit vermitteln oder wenn sie bei einer anderen grundlegenden Leistung versagen: bei der Sicherung von Stabilität und Effizienz eines politischen Systems.

Die Teilhabe (und damit das Interesse) an Politik ist auch außerhalb von Parteien und deren Vertreterinnen und Vertretern gegeben. Allerdings nicht immer so, wie es den Etablierten sympathisch ist. Wenig Anreiz bietet eine Mitgliedschaft bei Parteijugendorganisationen, deutlich mehr Anreiz solche bei NGOs, Engagement im sozialen Umfeld oder bei Bürgerinnen- und Bürgerinitiativen.

Wenn sich nun Jugendliche von politischen Parteien wenig angesprochen fühlen, bedeutet dies in erster Linie Handlungsbedarf für Parteien. Akzente können von Anbiederung, Schulterklopfen und anderen Peinlichkeiten bis Hinhören und Ernstnehmen reichen. Manche Parteien präferieren eher die erstgenannten, populistischen Varianten, andere suchen ernsthafte Auseinandersetzungen mit Jugendlichen und damit ein Ernstnehmen ihrer Anliegen.

In erster Linie geht es dabei um Glaubwürdigkeit von politischen Parteien und/oder anderen politischen Akteurinnen und Akteuren. Wenn Parteien, wenn Politikerinnen und Politiker glaubhaft machen können, dass es ihnen (auch) um die Interessen von Jugendlichen geht, dann werden sie von diesen mehr Zuspruch bekommen. Wenn allerdings Jugendpolitik in erster Linie der Umsetzung der Interessen von Erwachsenen gilt, so wird dieses Spiel leicht durchschaubar. Eine logische Folge wäre das Sanktionieren solchen Verhaltens. Dass Verärgerung genauso wie Zuspruch nun schon mit 16 Jahren artikuliert werden kann, ist zweifellos von Vorteil.



Literatur und weiterführende Informationen:

Pelinka, Anton / Rosenberger, Sieglinde (2007): Österreichische Politik. Strukturen-Grundlagen-Trend, Wien: facultas

Gärtner, Reinhold (2008): Politiklexikon für junge Leute, unter Mitarbeit von Sigrid Steininger; Wien: Jungbrunnen

Zentrum polis: <http://www.politik-lernen.at>

Politiklexikon für junge Leute: <http://www.politik-lexikon.at>

Demokratiewerkstatt Wien: <http://www.demokratiewerkstatt.at/besuchen/demokratiewerkstatt.html>

Mitmischen im Landhaus Steiermark: <http://mitmischen.steiermark.at/>

Demokratische Prozesse hautnah erleben und Europakompetenz fördern

Dr. Georg Tafner (Institut für Wirtschaftspädagogik, Universität Graz)

„Ich mag verdammen, was du sagst, aber ich werde mein Leben dafür einsetzen, dass du es sagen darfst“ (Voltaire zit. in: Mörtenhummer/Mörtenhummer 2008, 103). Voltaire bringt damit ganz radikal Demokratie auf den Punkt: Demokratie ist die Herrschaft des Volkes – *alle* können ihren Standpunkt einbringen. Demokratie ist noch keinem Volk in den Schoß gefallen, sie stand meist am Ende von heftigen, oft grausamen militärischen Auseinandersetzungen. Heute ist sie die wesentlichste Grundlage unseres politischen Denkens und Handelns und damit auch Ausdruck eines ganz bestimmten politischen Ethos. Daraus ergeben sich drei grundlegende Fragen, die dieser Aufsatz versucht in gegebener Kürze zu beantworten:

1. Ist demokratisches Denken und Handeln erlern- und damit auch vermittelbar?
2. Braucht demokratisches Handeln bestimmte Kompetenzen?
3. Gibt es einen pädagogischen Ansatz, der Demokratie auf allen Ebenen, also auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-europäischer Ebene erfahrbar macht?

Wenn Demokratie in seiner Essenz bedeutet, mehrheitsfähige Lösungen unter Wahrung von Minderheitsrechten zu finden, dann ist dies als Werthaltung und Prozess in einem pädagogischen Zugang, der im Sinne von Pestalozzi Herz, Hand und Kopf umfasst, vermittelbar. Das pluralistische Europa lebt von seinen Menschen mit ihren verschiedenen Weltanschauungen, Religionen, Kulturen und Identitäten (vgl. Meyer T., 2004). Bunt ist unsere Gesellschaft nicht nur auf der europäischen Ebene, sondern auch in unseren Bundesländern, ja auch in unseren Gemeinden (vgl. Holzer/Mayer 2010).

Wollen wir Demokratie lehren, lernen und leben, dann müssen wir im Zentrum des politischen Handelns ansetzen – bei der demokratischen Gruppenentscheidung. Parlamente der verschiedenen politischen Ebenen, also Gemeinderäte, Landtage, der Nationalrat, das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union stellen Problemlösungsplattformen dar, auf denen verbindliche Lösungen für politische Probleme und Konflikte gefunden werden sollen. Auf diesen Plattformen treffen sich gewählte Vertreterinnen und Vertreter mit verschiedenen Weltanschauungen, die mehrheitsfähige Lösungen für Ziel- und Interessenkonflikte finden müssen. Wenn alle die gleiche Meinung vertreten würden, könnte immer Konsens hergestellt werden, die demokratische Auseinandersetzung wäre spannungsfrei und schließlich gar nicht notwendig. Vielmehr muss aber in einer pluralistischen Gesellschaft um Kompromisse gerungen, ja

auch gestritten werden. Es soll daher erste pädagogische Aufgabe sein, typische Ziel- und Interessenkonflikte einer pluralistischen Gesellschaft aufzuspüren, aufzuzeigen und zu diskutieren. Demokratisches Denken und Handeln beginnt mit einem Bewusstsein für das Verschiedensein der Interessen und Ziele innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft.

Im zweiten Schritt folgen die demokratischen Prozesse. Sehen wir uns die Vermittlung des demokratischen Entscheidungsprozesses auf der Ebene der EU an (im Prinzip funktioniert dieser Zugang aber auch für die anderen administrativen Ebenen): Im Wesentlichen geht es in der Europäischen Union darum, dass die Mitgliedsstaaten mit ihren verschiedenen Kulturen, unterschiedlichen Verwaltungen und ihren eigenen Historien friedliche Lösungen für europäische Probleme und Konflikte finden wollen. Da sind natürlich auch Interessen- und Zielkonflikte unvermeidlich. Zielkonflikte entstehen dadurch, dass auf europäischer Ebene Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsstaaten mit verschiedenen Vorstellungen und Weltanschauungen aufeinander treffen. Jede und jeder versucht aus seiner Sicht heraus, Lösungen für Europa zu erarbeiten. So kommt es aber unweigerlich zum Zusammentreffen von verschiedenen Denkrichtungen: Subsidiarität gegen Zentralismus, europäische Interessen gegen nationale, Solidarität gegen Eigeninteresse, linke gegen rechte politische Vorstellungen, Industrieinteressen gegen Verbraucherinteressen usw. Die politische Kunst ist es, trotz dieser Zielkonflikte Lösungen zu finden und die Interessen auszugleichen. Mit der EU wurde erstmals eine Plattform geschaffen, auf der gemeinsam verbindliche europäische Lösungen erarbeitet werden können. Lösungen werden nicht mehr am Schlachtfeld errungen, sondern auf einer politischen Plattform erstritten. Die große Leistung dabei ist sowohl die Errichtung der Plattform EU selbst, als auch der Wille, die erstrittenen Lösungen verbindlich umzusetzen. Selbst jene Mitgliedsstaaten, die der Lösung nicht zustimmen, sind verpflichtet, diese umzusetzen.

Den Entscheidungsprozess vor dem pluralistischen Hintergrund „verstehen“ Jugendliche am besten, wenn sie selbst in eine Entscheidungssituation unter Zielkonflikten „geraten“. Derartige Situationen können z. B. bei der Organisation von Jugendveranstaltungen von selbst auftreten oder gezielt pädagogisch in Plan- und Rollenspielen konstruiert werden. Wichtig ist in beiden Fällen, dass den Jugendlichen bewusst gemacht wird, wie ein demokratischer Gruppenentscheidungsprozess abläuft und welche Kompetenzen für demokratische Prozesse notwendig sind: Erstens die Bereitschaft und Fähigkeit zum Diskurs, zweitens die Toleranz, Menschen mit anderen Weltanschauungen mit Respekt und Gesprächsbereitschaft zu begegnen und drittens demokratische



Spielregeln einzuhalten, insbesondere die Grund- und Menschenrechte. Was auf EU-europäischer Ebene im Rat der Europäischen Union oder im Europäischen Parlament abläuft, wenn Entscheidungen gefällt werden, passiert im Prinzip auch bei Gruppenentscheidungen von Jugendlichen. In der realen als auch in der gespielten Situation (auch diese ist in einem gewissen Sinn real) schlüpfen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Rollen, identifizieren sich damit und steigen in Sinnwelten (Konzept Sinnwelten vgl. Berger/Luckmann 1972) ein. Durch verschiedene Rollen und Identitäten entstehen Interessen- und Zielkonflikte. Der Pluralismus wird erkenn- und erfahrbar. Jugendliche in eine solche Situation zu bringen und danach diese zielorientiert im Hinblick auf die Vermittlung der demokratischen Prozesse aufzuarbeiten, bedeutet eine wesentliche europapädagogische Leistung. Der Autor behauptet aufgrund seiner pädagogischen Erfahrung, dass Jugendliche, die einmal in eine derartige Situation gebracht wurden und in einer Gruppe entscheiden mussten, letztlich mehr über die demokratischen Entscheidungsprozesse und damit über die Funktionsweise der EU erfahren haben – vorausgesetzt es wurde der Konnex bzw. die Analogie zur Entscheidungsfindung in der EU hergestellt – als Jugendliche, die ausschließlich oder vorwiegend die Aufgaben der einzelnen Organe der EU reproduzieren können. In derartigen Situationen fühlen die Jugendlichen auch, was es bedeutet, mit einem Vorschlag erfolgreich zu sein oder eine Ablehnung in der Gruppe zu erleben. Sie spüren am eigenen Leib, einerseits was es heißt, Gruppenentscheidungen in einem pluralistischen Kontext zu treffen, andererseits wie schwierig es ist, Kompromisse oder gar einen Konsens zu finden. Kognitive, soziale, affektive und ethische Elemente fallen bei derartigen Planspielen zusammen und alle

Handlungstypen, wie wir sie von Max Weber kennen, also zweckrationales, wertrationales, emotionales und traditionelles Handeln (vgl. Weber, 1980, S. 12f), können dabei ihre Anwendung finden.

Besondere Bedeutung erhält dieser pädagogische Zugang auch vor dem EU-skeptischen Hintergrund (vgl. Europäische Kommission 1995-2009), der es nicht einfach macht, die Ziele, Inhalte und Aufgaben der EU vorurteilsfrei zu vermitteln. Wobei darauf hinzuweisen ist, dass Jugendliche der EU gegenüber bedeutend aufgeschlossener sind, als der österreichweite Durchschnitt (vgl. TAFNER/SORKO 2010, 7–91). Dazu kommt die didaktische Versuchung, den Schwerpunkt einseitig auf das formelle Europarecht zu legen und damit die Institutionenlehre in den Mittelpunkt zu stellen. Außerdem gibt es beim Thema EU auch eine besonders interessante pädagogische Schieflage: Einerseits wird das Thema in Diskussionen nicht nur an den Stammtischen äußerst emotional geführt, andererseits wurde und wird in der Vermittlung der Europäischen Union nach wie vor zu viel auf die rein kognitiven Aspekte gesetzt, affektive und soziale Inhalte kommen zu kurz (vgl. TAFNER/SORKO 2010, 54–91). Europapädagogik versucht diese Schieflage auszugleichen und eine Didaktik umzusetzen, die kognitive, affektive und soziale Elemente in der Vermittlung der Inhalte, Ziele und Aufgaben der EU einarbeitet. Die EU soll als Problemlösungsplattform erlebt werden, auf der bei Ziel- und Interessenkonflikten gemeinsame Lösungen erstritten werden. Dies aufzuarbeiten, verknüpft mit dem Ziel, ein Bewusstsein für den europäischen Pluralismus und die europäische Integration zu vermitteln, ist der Kern der Europapädagogik (vgl. Tafner, 2003, 2009, 2010a u. 2010b).

Dieser pädagogische Ansatz, der den demokratischen Entscheidungsprozess in den Mittelpunkt stellt, geht davon aus, dass nicht alle Menschen gleich sein müssen, um gleichwertig zu sein. In einer pluralistischen Gesellschaft muss auch Platz sein, für andere, die eben anders sind und anders denken. Was aber alle vereinigen muss, ist der Wille und die Bereitschaft, auf Basis der Grund- und Menschenrechte Demokratie zu leben und gemeinsam Probleme und Konflikte lösen zu wollen (vgl. Schölderle, 2008). Diese Erkenntnis ist ein weiterer Teil der Bürgerinnen- und Bürgerkompetenz, die den Einzelnen befähigt, die Strukturen und vor allem Prozesse des demokratischen, staatsbürgerlichen Lebens zu verstehen und daran zu partizipieren (vgl. Europäische Union, 2006). Diese Bürgerinnen- und Bürgerkompetenz kann im europäischen Kontext als Europakompetenz bezeichnet werden.



Literatur und weiterführende Links:

Berger, Peter L. /Luckmann, Thomas (1972): Gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, 3. Aufl., Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag

Europäische Union (2006): Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen. In: Amtsblatt der Europäischen Union, 2006/962/EG

Europäische Kommission (1995-2009): Eurobarometer 43 bis Eurobarometer 72. In: Website der Europäischen Kommission. http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm. Download. Download Juni und November 2010

Holzer, Josef/Mayer, Martin (2010): Steiermark: Wohnbevölkerung am 1.1. 2010, Wanderungen 2009. In: Steirische Statistiken, 8/2010. Graz: Steirische Landesstatistik

Meyer, Hilbert (2004): Was ist guter Unterricht? Berlin: Cornelsen Verlag

Meyer, Thomas (2004): Die Identität Europas. Frankfurt am Main: edition suhrkamp

Mörtenhammer, M./Mörtenhammer, H. (Hrsg) (2008): Zitate im Management. Das Beste von Top-Performern und Genies aus 2000 Jahren Weltwirtschaft

Schölderle, Thomas (2008): Dolf Sternbergers „Verfassungspatriotismus“. Ein Begriff macht Karriere. In: Akademie für Politische Bildung Tutzing. Online verfügbar unter: http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/fileadmin/uploads/media/Sternberger_Verfassungspatriotismus.pdf (abgerufen am 10.4.2009)

Tafner, Georg (2003): Europäisch denken, handeln, fühlen. Umsetzung der EU-europäischen Dimension im Wirtschaftsunterricht. In: ÖZB 1-03/04. S. I – VIII

Tafner, Georg (2009): Europapädagogik – ein Thema legt sich quer. Eine Querschnittsmaterie als neuer Teilbereich der Wirtschaftspädagogik. In: Entrepreneurship, Europa als Bildungsraum, Europäischer Qualifikationsrahmen – Tagungsband zum 3. Österreichischen Wirtschaftspädagogik-Kongress, Festschrift Dieter Mandl, Gerwald Mandl. Wien: Manz. S. 119 - 127

Tafner, Georg (2010a): Die EU ist kein Maikäfer. Ein Kurzplädoyer für die Europapädagogik als Fachdidaktik. In: Wissenplus, Österreichische Zeitschrift für Berufsbildung. Sonderausgabe Wissenschaft. 5-10/11, 35-38

Tafner, Georg/Sorko, Sabrina (2010): Die EU im Kopf der Jugendlichen. Eine empirische Untersuchung in Abschlussklassen der Handelsakademien und Handelsschulen der Steiermark. In: Tafner, Georg (Hrsg.): Europapädagogik. Empirische und theoretische Grundlagen. S. 2–91

Tafner, Georg (2010b): Europapädagogik. Europa pluralistisch denken, Europa multidimensional vermitteln. In: Tafner, Georg (Hrsg.): Europapädagogik. Empirische und theoretische Grundlagen. S. 94–132

Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohr

JUGEND UND ANTIDEMOKRATISCHE BEWEGUNGEN

Dr. Roman Schweidlenka (LOGO ESO.INFO, Graz)

In den letzten Jahren häuften sich Mitteilungen aus der offenen Jugendarbeit, aber auch aus dem schulischen Bereich, dass immer mehr Jugendliche Gefallen an rechtsextremen Einstellungen und Parolen finden, die den Nationalsozialismus und Adolf Hitler verherrlichen und gegen die Demokratie, gegen eine tolerante, offene Gesellschaft gerichtet sind. Der Trend kommt vor allem aus Ostdeutschland, wo bereits ganze Regionen unter dem Terror und der Oberhoheit rechtsextremer Jugendlicher leiden. Über jugendkulturelle Angebote konnte diese Szene viele junge Menschen ködern. Hinter diesen Angeboten stehen ideologisch geschulte Kadergruppen.

In der Steiermark sind die latenten rechtsextremen Einstellungen bei Jugendlichen manchmal mit einem Protestgehebe verbunden, ein organisiertes rechtsextremes Netzwerk, das steirische Jugendliche gängelt, ist nur punktuell auszumachen. Die rechtsextremen und neonazistischen Einstellungen und Parolen verbreiten sich über einen europaweiten und internationalen Untergrund über das Internet, wo auch Produkte mit rechtsextremen Aufdrucken oder Inhalten wie z.B. Fahnen, T-Shirts, Musik-CDs, Broschüren und Aufkleber bestellt werden können. Dazu kommt die für moderne Jugendliche große Bedeutung von Cliquen und Freundeskreisen, wo derartiges Gedankengut durch persönliche Kontakte weitergegeben wird.

Bedeutend ist in der Steiermark die Einflussnahme über jugendkulturelle Angebote und Musikszenen. Neben den traditionellen rechten Skins mit Glatzen und Springerstiefeln – es gibt auch unpolitische und linke Skins! – hat sich das Erscheinungsbild rechter Jugendlicher gewandelt. Lange Haare, Che Guevara-Aufkleber und T-Shirts, okkulte Symbole (z.B. schwarze Sonne), versteckte Codes (z.B. 88 = Heil Hitler) und eine eigene

Markenkleidung (z.B. Thor Steinar, Erik and Sons) gehören zum neuen Outfit. Doch häufig sind rechte Jugendliche heute äußerlich nicht mehr eindeutig zu erkennen.

Aber nicht nur im politischen, sondern auch im religiösen Bereich gibt es eine erkennbare Abwendung von demokratischen Überzeugungen. So ist in der Steiermark, die damit durchaus im internationalen Trend liegt, in einigen christlichen und muslimischen Gruppen der Fundamentalismus im Vormarsch. Hier gehen eine wortgetreue Auslegung heiliger Schriften, altmodische Moralvorstellungen, Autoritätshörigkeit und die Verurteilung anders Denkender Hand in Hand. Statt der modernen Demokratie, die als „Sündenpfeil“ empfunden wird, wünscht man sich einen von einem geistlichen Führer geleiteten „Gottesstaat“, der keine individuellen Freiheiten mehr zulässt.

Der Zustrom junger Menschen zu totalitären Gruppierungen im politischen und religiösen Bereich spiegelt eine große Orientierungslosigkeit eines Teils der Jugend wider. Fehlende positive Vorbilder, eine vom gesellschaftlichen Wandel, der Aufweichung sozialer Sicherheiten und dem Abbau menschenwürdiger Beschäftigungsverhältnisse hervorgerufene Verunsicherung treibt die nach Halt und einem festen Wertesystem suchenden Jugendlichen immer wieder in die Arme von demagogisch geschulten Rattenfängern, die geistige Beheimatung und soziale Sicherheit versprechen.

Das Land Steiermark ist seit Jahren bemüht, mit zahlreichen Projekten und Initiativen hier positive Alternativen zu setzen und Jugendliche für Demokratie, Selbstbestimmung und Menschenrechte zu begeistern.

Literatur und weiterführende Links:

LOGO quick INFO-Broschüre: Fuck the system? Jugend & Jugendkulturen zwischen Rechtsextremismus, Anpassung und Emanzipation

Mikusch, Alex / Schweidlenka, Roman: Rechte Symbole, Codes, Slogans und Kleidung (LOGO ESO.INFO Sonderdruck)

Alex Mikusch, Roman Schweidlenka: Wer fürchtet sich vorm weißen Mann? Rechtsrock und rechtsextreme Szene – eine Bestandsaufnahme aus österr. Sicht (LOGO ESO.INFO Sonderdruck)

Broschüren kostenlos erhältlich bei: LOGO JUGEND.INFO. Karmeliterplatz 2, 8010 Graz, 0316/90 370 90, info@logo.at

Schmidinger, Thomas / Larise, Dunja (Hg): Zwischen Gottesstaat und Demokratie. Handbuch des politischen Islam. Deuticke

Jaschke, Hans-Gerd: Politischer Extremismus. Lehrbuch. Verlag für Sozialwissenschaften

Weiterführende Informationen und Literatur erfragen Sie bitte bei der LOGO ESO.INFO und bei der Plattform gegen antidemokratische Strömungen, c/o Landesjugendreferat Steiermark, Karmeliterplatz 2, 8010 Graz, 0316/877 4203

AUTORINNEN- UND AUTORENVERZEICHNIS

Dr.ⁱⁿ Edith Blaschitz

Studium der Geschichte und Romanistik, Universität Wien. Mitarbeit in nationalen und internationalen Forschungsprojekten. Seit 2003 Mitarbeiterin in Forschung und Lehre an der Donau-Universität Krems, seit 2008 Fachbereichsleitung am Department für Interaktive Medien und Bildungstechnologien.

Forschungsschwerpunkte: Medienbildung, Mediengeschichte und Medienkultur

Kontakt: edith.blaschitz@donau-uni.ac.at

Mag.^a Maria Lettner

Studium der Germanistik und Katholischen Theologie. Seit 2006 Referentin für Jugendpolitik im Büro der Bundesjugendvertretung. Arbeitsschwerpunkte: Partizipation, Wählen mit 16, (Demokratie-)Politische Bildung, Vernetzung und Lobbying auf europäischer Ebene. Mitarbeit bei Kampagnen zum Thema Wahlaltersenkung und Wahlbeteiligung.

Kontakt: maria.lettner@jugendvertretung.at

Mag.^a DSA Brigitte Pörsch

Studium der Sozialarbeit und später berufsbegleitend Rechtswissenschaften. In den Bereichen extramurale Psychiatrie, Drogenberatung, Jugendwohlfahrt und Straffälligenhilfe tätig. Seit 2010 Kinder- und Jugendanwältin des Landes Steiermark. Vertretung der Kinderrechte in der Öffentlichkeit und Lobbying sowie Beratung von Kindern und Jugendlichen sowie deren Erziehungsberechtigten und Bezugspersonen; Ombudsstellenberatung in Jugendwohlfahrtsangelegenheiten.

Kontakt: kija@stmk.gv.at

Martina Weixler

Studentin der Rechtswissenschaften und Psychologie an der Karl-Franzens- Universität Graz im vierten Semester. Seit 2006 Mitglied des "liebeist" - Schulworkshop-Teams für Aufklärung über „andere L(i)ebensweisen“ an Schulen in der Steiermark (www.liebeist.org). Seit 2010 als Tutorin und Sachbearbeiterin in der ÖH Graz tätig, im Rahmen dieser Tätigkeit laufend Beratung von Studierenden, Organisation von Ausflügen und Film- sowie Diskussionsabenden etc. Seit Herbst 2010 Jahrespraktikantin in der Kinder- und Jugendanwaltschaft des Landes Steiermark.

Dr. Reinhold Gärtner

Studium Englisch, Geschichte und Politikwissenschaft, Habilitation 1995. Seit 2001 Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. Arbeitsschwerpunkte: Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Rassismus, das politische System Österreichs, der Vergleich politischer Systeme und politische Bildung. Autor des Politiklexikon für junge Leute.

Kontakt: reinhold.gaertner@uibk.ac.at

Dr. Georg Tafner

Studium der Wirtschaftspädagogik, der Religionswissenschaft und des interdisziplinären Europastudiums „European Advanced Studies“, Doktorat Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Universitätsassistent an der Karl-Franzens-Universität Graz, Institut für Wirtschaftspädagogik. Langjährige Erfahrung in Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Lehrbeauftragter an verschiedenen tertiären Bildungseinrichtungen, Lehrbuchautor. Forschungsschwerpunkte: Europapädagogik, allgemeines Wirtschafts- und Gesellschaftsverständnis, Wirtschaftsethik, Religionsökonomie und Persönlichkeitskompetenz.

Kontakt: georg.tafner@uni-graz.at

Dr. Roman Schweidlenka

Studium Geschichte und Kunstgeschichte. Seit 1987 Referent und Schulungsleiter im gesamten deutschen Sprachraum. Mitarbeiter an zahlreichen wissenschaftlichen Forschungsprojekten zu den Thematiken Esoterik, Sekten, Okkultismus, Satanismus, Rechtsextremismus. Dazu zahlreiche Veröffentlichungen. Seit 1996 Leitung der steirischen LOGO ESO.INFO. Gründungsmitglied der im steirischen Landesjugendreferat angesiedelten Plattform gegen antidemokratische Strömungen.

Kontakt: eso@logo.at



Auf mitmischen.steiermark.at gibt es das Steirische Politik-ABC für junge Leute.

[DEMOKRATIE]

Das Wort Demokratie stammt aus dem Griechischen und bedeutet „Herrschaft des Volkes“.

Demokratie ist eine Form des politischen Lebens, die von der Gleichheit und Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger ausgeht. Dies betrifft sowohl das Zusammenleben im Staat und in Gemeinden als auch das faire Miteinander in Verbänden und sozialen Einrichtungen. Auch Kindern und Jugendlichen sollen demokratische Prozesse vertraut sein, um das Recht auf Mitsprache einfordern zu können.

In einer Demokratie müssen all jene, die von Entscheidungen betroffen sind, mitbestimmen dürfen. Das ist über das Wahlrecht geregelt. Das Recht zu wählen ist allerdings an die Staatsbürgerschaft gekoppelt; Hunderttausende, die zwar in Österreich leben, aber nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, sind daher von den meisten Wahlen ausgeschlossen. In einer Demokratie gilt grundsätzlich, dass die Mehrheit entscheidet (Mehrheitsprinzip). Dem sind aber Grenzen gesetzt. So darf die Mehrheit nicht über Minderheitenrechte (das sind spezielle Rechte zum Schutz von Minderheiten) entscheiden, sie darf auch Menschenrechte nicht abschaffen. In besonders wichtigen Fragen genügt nicht die einfache Mehrheit (also mehr als 50 %), man braucht dafür eine qualitative Mehrheit. Z.B. dürfen Verfassungsgesetze in Österreich nur dann geändert werden, wenn mindestens zwei Drittel der Abgeordneten zustimmen.

Quelle: mitmischen.steiermark.at

„Eine funktionierende Demokratie braucht vielschichtige Möglichkeiten sich daran zu beteiligen. Es braucht natürlich auch jene Menschen, die sich aktiv für unsere Demokratie einsetzen und diese Möglichkeiten der Beteiligung einfordern sowie den dafür nötigen Freiraum schaffen. Als Leiterin der Fachabteilung für Gesellschaft und Generationen unterstütze ich daher das Projekt MITMISCHEN, bei dem für junge Menschen im Landtag Steiermark dieser Raum zur Entfaltung von Demokratie durch jugendnahe, engagierte und kompetente BegleiterInnen gegeben ist.“

Hofrätin Mag.^a Alexandra Nagl
Leiterin der Fachabteilung 6A -
Gesellschaft und Generationen

Impressum:

Gesamterstellung: beteiligung.st, die Fachstelle für Kinder-, Jugend- und BürgerInnenbeteiligung
Karmeliterplatz 2, 8010 Graz

Daniela Köck (Geschäftsführung)

office@beteiligung.st

© 2010, 2. Auflage

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich

Bildnachweis: © beteiligung.st (S. 2 und S. 7-16) Motive: „Mitmischen im Landhaus“, Land Steiermark (S. 4), P. Spiola (S. 5)

Gefördert von: Land Steiermark Ressort Bildung, Familie, Frauen und Jugend und Landtag Steiermark

Druck: Reha Druck Graz



Verein beteiligung.st,
die Fachstelle für Kinder-, Jugend- und
BürgerInnenbeteiligung
Karmeliterplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 90 370 110
www.beteiligung.st